

8. Dokumentation

Zusammengestellt von ANDREAS MAURER

Die folgende Dokumentation der Gemeinschafts- und Unionsakte ist in vier Teile gegliedert. Der erste Teil enthält Dokumente der Institutionen und Organe zur institutionellen Struktur und zu den interinstitutionellen Beziehungen innerhalb des Entscheidungssystems der Europäischen Union sowie Grundsatzentscheidungen des Europäischen Gerichtshofes und des Gerichts erster Instanz.

Der zweite politikbereichsspezifische Teil gibt Fundstellen über richtungsweisende Rechtsakte der Organe der Europäischen Gemeinschaft, Jahresberichte, Grün- und Weißbücher der Europäischen Kommission, Entschlüsse des Europäischen Parlamentes und Schlußfolgerungen beziehungsweise Entschlüsse des Rates der Europäischen Union wider.

Für den dritten Teil wurden Erklärungen, Stellungnahmen und Memoranden der Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten zur Europapolitik, insbesondere solche im Rahmen des Ratifikationsverfahrens zum Amsterdamer Vertrag vom 2. Oktober 1997 sowie Dokumente der EU-Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten zur „Agenda 2000“ (Erweiterung und Vorschläge zur in diesem Zusammenhang notwendigen Reform der internen Politiken der EG) ausgewählt. Die hier vorgestellte Auswahl bezieht sich ausschließlich auf Quellen der nationalen Parlamente Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, Dänemarks und Schwedens. Das Europäische Parlament hat nach Abschluß der Arbeiten der TASK FORCE „Regierungskonferenz 1996/1997“ im Herbst 1997 eine neue TASK FORCE „Erweiterung“ eingerichtet. Diese erstellt fortlaufend sogenannte „fiches thématiques“ zu den Einzelaspekten der Agenda 2000 und den beitriftswilligen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zypern und Malta.

Der vierte Teil enthält schließlich Dokumente der anderen im Jahrbuch der Europäischen Integration behandelten internationalen Organisationen.

Zusätzlich zu dieser Aufstellung sei hier auf andere Publikationen verwiesen, die Quellenangaben zur Tätigkeit der Europäischen Union enthalten. Alle abgeschlossenen, gültigen Rechtsakte der Europäischen Union, die im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden, sind in dem halbjährlich erscheinenden „Fundstellennachweis des geltenden Gemeinschaftsrechts“ unter Angabe der Rechtsform, des Datums und der Fundstelle des Erlasses oder der Veröffentlichung des Rechtsaktes sowie der Nummer des Rechtsaktes bibliographiert, wobei die Dokumente nach der Sachgebietsgliederung des CELEX-Systems (Interinstitutionelles System für die automatisierte Dokumentation des Gemeinschaftsrechtes) geordnet werden. Der Internet-Server „Europa.eu.int“ bietet eine Fülle an Informationen der EG-Organe über ihre laufenden Tätigkeiten. Leider sind die für systematische Recherchen nützlichen Datenbanken SCAD und CELEX nur kosten-

pflichtig über das Internet erhältlich. Das Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG – EUR-OP (Internetzugang über den Europa-Server) gibt hier Hinweise für die Anmeldung und Nutzung. Seit 1998 sind systematische Recherchen in der ECLAS-Bibliothek der Kommission möglich (europa.eu.int/comm/dg10/libraries/catalogues/index_en.htm). Das Europäische Parlament stellt ebenfalls seit 1998 im Internet die ursprünglich für die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten erstellte Datenbank „OEIL“ mit Querverweisen zum Entscheidungsprozeß derjenigen Rechtsakte zur Verfügung, an denen es selbst beteiligt war oder ist (europarl.eu.int). Systematische Suchergebnisse können ebenfalls auf der EUDOR-Datenbank (Zugang über EUR-OP) erzielt werden. Akte des Rates im Rahmen der GASP werden auf einer eigens hierfür bereitgestellten Homepage des Rates (Link über europa.eu.int) zur Verfügung gestellt und laufend aktualisiert. Hinzuweisen ist schließlich auf das RAPID-System (Zugang über die Server von Kommission und Rat), welches unter anderem auch die umfangreiche Pressezusammenfassung der einzelnen Ratssitzungen enthält. Am 19.3.1998 hat der Rat beschlossen, das Register der nicht als Verschußsache eingestuften Ratsdokumente der Öffentlichkeit über den Internet-Server „europa.eu.int“ zugänglich zu machen. Damit dürfte sich in Zukunft eine weitere Datenquelle für systematische Dokumentsuchen erschließen.

Der nach Art. 156 EGV dem Europäischen Parlament vorzulegende „Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union“ der Europäischen Kommission beinhaltet zusammenfassende Darstellungen über den Stand der Gesetzgebung der Europäischen Union sowie über die laufende Tätigkeit der Institutionen der Europäischen Union und eine diesbezügliche nach Entscheidungsverfahren und Politikbereichen geordnete tabellarische Übersicht. Die Sitzungen und Akte des Rates der Europäischen Union werden in dem jährlich erscheinenden „Überblick über die Tätigkeit des Rates (Bericht des Generalsekretärs)“ zusammenfassend dargestellt. Das ebenfalls von der Kommission herausgegebene „Bulletin der Europäischen Union“ folgt der thematischen Gliederung des „Gesamtberichtes“. Neben einer einleitenden Zusammenfassung über die wichtigsten Ereignisse im Berichtsmonat werden die legislativen und sonstigen Akte der EG/EU und ihrer Institutionen erläutert und vorangegangenen Tätigkeiten zugeordnet. Berichte aus den Ausschüssen des Europäischen Parlamentes werden in dessen Reihe „Sitzungsdokumente“ veröffentlicht, in der Datenbank „EPOQUE“ gemeinsam mit den Entschließungsanträgen, parlamentarischen Anfragen und Sitzungsdebatten und anderen Parlamentsakten systematisch dokumentiert und seit 1996 auf dem Internet-Server des Parlaments zur Verfügung gestellt.

Einige in dieser Zusammenstellung bibliographierte Dokumente, insbesondere solche aus den EU-Mitgliedstaaten sowie den mittel- und osteuropäischen Staaten, konnten keiner offiziellen Fundstelle zugeordnet werden. In der Regel sind diese Dokumente über die Botschaften, Außenministerien oder Pressestellen der Regierungen erhältlich.

Hinzuweisen ist abschließend auch auf drei Publikationen zum Amsterdamer Vertrag: Der Vertragstext ist beim Bundespresseamt in einer von Thomas Läufer

bearbeiteten Fassung erhältlich. Dem von Werner Weidenfeld herausgegebenen Band „Amsterdam in der Analyse“ ist eine CD-ROM mit rund 400 Dokumenten aus dem Prozeß der Regierungskonferenz 1996/97, einer Synopse der mitgliedstaatlichen Positionen vor Amsterdam sowie einer Chronologie der Ereignisse von Maastricht bis Amsterdam beigelegt. Dokumente aus der Bewertungs- und Ratifikationsphase aus den EU-Mitgliedstaaten, der deutschen Parteien und einiger ausgewählter Verbände enthält schließlich der von Mathias Jopp, Andreas Maurer und Otto Schmuck herausgegebene Band „Die Europäische Union nach Amsterdam. Analysen und Stellungnahmen zum neuen EU-Vertrag“.

Gliederung

1. DIE INSTITUTIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- 1.1. Der Europäische Rat
- 1.2. Der Rat der Europäischen Union
- 1.3. Die Europäische Kommission
- 1.4. Das Europäisches Parlament
- 1.5. Der Europäische Gerichtshof - Gericht Erster Instanz
- 1.6. Das Europäische Währungsinstitut/Die Europäische Zentralbank
- 1.7. Der Europäische Rechnungshof
- 1.8. Der Ausschuß der Regionen
- 1.9. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß

2. DIE POLITIKBEREICHE DER EUROPÄISCHEN UNION

- 2.1. Agrar- und Fischereipolitik
- 2.2. Außenwirtschafts- und Handelspolitik
- 2.3. Beschäftigungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik
- 2.4. Bildungs- und Jugendpolitik
- 2.5. Binnenmarktpolitik
- 2.6. Energiepolitik
- 2.7. Entwicklungspolitik
- 2.8. Forschung und Technologie
- 2.9. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- 2.10. Haushalts- und Finanzpolitik
- 2.11. Justiz- und Innenpolitik
- 2.12. Kooperations-, Assoziierungs- und Beitrittspolitik
- 2.13. Kulturpolitik
- 2.14. Regional- und Strukturpolitik
- 2.15. Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik
- 2.16. Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze (TEN)
- 2.17. Währungspolitik
- 2.18. Wettbewerbs- und Industriepolitik
- 2.19. Wirtschaftspolitik

3. DOKUMENTE DER MITGLIEDSTAATEN UND BEITRITTSLÄNDER ZUM AMSTERDAMER VERTRAG UND ZUR AGENDA 2000

- 3.1. Belgien
- 3.2. Bundesrepublik Deutschland
- 3.3. Dänemark
- 3.4. Finnland
- 3.5. Frankreich

- 3.6. Griechenland
- 3.7. Irland
- 3.8. Italien
- 3.9. Luxemburg
- 3.10. Österreich
- 3.11. Niederlande
- 3.12. Portugal
- 3.13. Schweden
- 3.14. Spanien
- 3.15. Vereinigtes Königreich
- 3.16. Positionen der Beitrittskandidaten

4. EUROPAPOLITIK ANDERER EUROPÄISCHER UND TRANSATLANTISCHER ORGANISATIONEN

- 4.1. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- 4.2. Die Westeuropäische Union
- 4.3. Die NATO

1. INSTITUTIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION

1.1. Der Europäische Rat

Europäischer Rat, Tagung v. 16./17.6.1997 in Amsterdam: Presidency Conclusions:

Draft Treaty of Amsterdam, as agreed by the Intergovernmental Conference at the level of Heads of State or Government, Dok. CONF/4001/97 v. 19.6.1997.

Annex I: European Council Resolutions on Stability, Growth and Employment.

Annex II: Resolution of the European Council on the establishment of an exchange-rate mechanism in the third stage of the economic and monetary union.

Annex III: European Union call for Peace in the Middle East.

Annex IV: European Council Declaration on banning the cloning of human beings.

Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten: Entwurf des Vertrags von Amsterdam in seiner endgültigen Form, beruhend auf CONF/4001/97 und CONF/4002/97, ergänzt durch Dok. SN/614/97 und Dok. 4153/3/97REV3; Dok. SN/3111/97 v. 11.7.1997.

Vertrag von Amsterdam, endgültige, von den Außenministern der EU-Mitgliedstaaten am 2. Oktober unterzeichnete Fassung, ABl. C 340 v. 10.11.1997.

Europäischer Rat, Sondertagung v. 20./21.11.1997 in Luxemburg zur Beschäftigung: Schlußfolgerungen der Präsidentschaft, in: Bulletin der EU 11 (1997), S. 7-14:

Die beschäftigungspolitische Herausforderung:

Ein neuer Ansatz; Eine koordinierte Strategie für die nationalen Beschäftigungspolitiken (Innovativer Ansatz, Leitlinien für 1998); Gemeinschaftspolitiken im Dienst der Beschäftigung (Binnenmarkt: Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit; Steuerwesen; Forschung und Innovation; Netze; Strukturfonds; Wissensgesellschaft); Neue Initiativen mit spezifischer Ausrichtung auf die Beschäftigungsförderung (Aktionsplan der EIB zum Amsterdamer Sonderaktionsprogramm ASAP; neue „Europäische Beschäftigungsinitiative“).

Anlage zu den Schlußfolgerungen des Vorsitzes:

Leitlinien für die Beschäftigung für 1998 (Verbesserung der Vermittelbarkeit; Entwicklung des Unternehmergeistes; Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer; Stärkung der Maßnahmen für Chancengleichheit).

Europäischer Rat, Tagung v. 12./13.12.1997 in Luxemburg: Schlußfolgerungen der Präsidentschaft, in: Bulletin der EU 12 (1998), S. 144-152:

Die Erweiterung der Europäischen Union; Europakonferenz; Beitritts- und Verhandlungsprozeß (Rahmen und intensivierte Heranführungsstrategie; Beitrittspartnerschaften und Intensivierung der Heranführungshilfe); Die Stellungnahmen der Kommission und die Beitrittsverhandlungen; Bewertung der von

- den Bewerberstaaten erzielten Fortschritte; Eine europäische Strategie für die Türkei; Die Entwicklung der Unionspolitiken; Agenda 2000; Gemeinsame Agrarpolitik; Wirtschafts- und Währungsunion; Beschäftigung, Binnenmarkt, Justiz und Inneres.
- Anlagen zu den Schlußfolgerungen des Vorsitzes:
- Entschließung des Europäischen Rates über die wirtschaftspolitische Koordinierung in der dritten Stufe der WWU und zu den Artikeln 109 und 109b des Vertrages.
- Erklärung des Europäischen Rates von Luxemburg zur Lebensmittelsicherheit.
- Erklärung des Europäischen Rates zum 50jährigen Bestehen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.
- Dem Europäischen Rat vorgelegte Berichte:
- des Rates über die Erweiterung der Union und die Agenda 2000 (Dok. 13241/97)
- des Rates über die Vorbereitung der dritten Stufe der WWU (Dok. SN 4832/97)
- des Rates über die Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres im Jahr 1997 (Dok. 13191/1/97/REV 1)
- des Rates zum Drogenproblem (Dok. 12254/2/97/REV 2)
- der Kommission über die regionale Zusammenarbeit in Europa (Dok. 13051/97)
- der Kommission „Eine bessere Rechtssetzung“ (Dok. 13002/97)
- der Kommission über die Durchführung des Binnenmarkt-Aktionsplanes („Binnenmarktanzeiger“)
- der Kommission über die transeuropäischen Netze
- der Kommission über die Durchführung der Empfehlungen der Gruppe der Persönlichkeit Vertreter für effizientes Finanzmanagement (SEM 2000).
- European Council of Cardiff, Tagung v. 15./16.6.1998, Presidency Conclusions, in: internet: <http://presid.fco.gov.uk/meetings/cardiff/docs/engfinal.shtml>:
- EMU; Economic Reform and Sound Public Finances: The Basis for Growth, Prosperity and Jobs (Developing the Broad Economic Guidelines as a tool for Growth; Action for Employment; Making the Single Market a motor for new Jobs); Bringing the Union closer to People (Openness, Environment, Justice and Home Affairs); Developing the Union (Amsterdam Treaty, Agenda 2000, Future Financial Framework, Enlargement); External Issues.
- Annex I: Statement by European Union Finance Ministers;
- Annex II: Declaration on Kosovo;
- Annex III: Documents submitted to the Cardiff European Council.

1.2. Der Rat der Europäischen Union

- Vierundvierzigster Überblick über die Tätigkeit des Rates: Bericht des Generalsekretärs, 1.1.1996 bis 31.12.1996, Rat der Europäischen Union, 1997.
- Verordnung des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Sitz: Wien), ABl. L 151 v. 10.6.1997.
- Bericht der Gruppe „Erweiterung“ für den Ausschuß der Ständigen Vertreter zu „Erweiterung – Allgemeine Verhandlungsgrundlage“, Dok. 12221/97 Limite Elarg 22 v. 11.11.1997.
- Bericht des Vorsitzes an den Europäischen Rat über die Erweiterung der Union und die Agenda 2000, Dok. 13241/97 Limite Agenda 26 Elarg 29 v. 10.12.1997.
- Beschluß des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Verwaltungsdokumenten des Europäischen Währungsinstituts, ABl. L 90 v. 25.3.1998.
- Vorbereitungsvereinbarung über die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zwischen den Mitgliedstaaten der EU und den beitragswilligen Ländern Mittel- und Osteuropas und Zypern, Anlage zum Bericht 8856/98 (Presse 170) über die 2099. Tagung des Rates – Justiz und Inneres – v. 28./29.5.1998.
- Zwischenbericht des Rates über die Agenda 2000 an den Europäischen Rat (Tagung in Cardiff), Dok. Nr. 9000/98 Limite Agenda 82, v. 10.6.1998.

1.3. Die Europäische Kommission

- Mitteilung „Agenda 2000 – Eine stärkere und erweiterte Union“, KOM(97)2000 endg. v. 15.7.1997.
- Franz Fischler: „What are the necessary policy adjustments in a more market-oriented food and agribusiness environment“, International Policy Council / 1st Annual IPC Agro Forum, Den Haag, 9.10.1997.
- Hans van den Broek: „On the Road to Enlargement“, ELDR Party Conference, Bucharest, 17.10.1997.

EUROPINION 13: Results of the „Continuous Tracking“ Survey of European Opinion on: „The Values of Europeans“, Brussels, November 1997, Internet: http://europa.eu.int/en/comm/dg10/incom/epo/en/eo13/13-txt_en.html.

Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Anwendung der Richtlinie 93/109/EG über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum EP für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, KOM(97) 731 v. 7.1.1998.

Bericht der Kommission über die Ausführung des Arbeitsprogramms 1997 und:

Arbeitsprogramm der Kommission für 1998 und Entschließung des Europäischen Parlaments zum Arbeitsprogramm der Kommission, Bulletin der EU, Beilage 1 (1998) und ABl. C 14 v. 19.1.1998.

EUROBAROMETER 48, Brüssel 1998.

Mitteilung der Kommission „Agenda 2000: Die Legislativvorschläge – Allgemeiner Überblick“, KOM(98) 182 v. 18.3.1998.

XV. Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (1997), KOM(98) 317 v. 19.5.1998.

1.4. Das Europäische Parlament

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Tagung des Europäischen Rates vom 16. und 17.6.1997 in Amsterdam, Protokoll der Sitzung v. 26.6.1997, S. 1-5.

Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments José Maria Gil-Robles vor dem Europäischen Rat in Amsterdam am 16.6.1997, in: EP-aktuell 7 (Juli 1997).

European Parliament; DG IV (Research): Working Document: The European Union and Enlargement to include the Countries of Central and Eastern Europe, Central and Eastern Europe Series W-3, August 1997.

Europäisches Parlament; GD IV (Wissenschaft): Leitfaden der Europäischen Union, September 1997.

Entschließung des Europäischen Parlaments zum zweiten Tätigkeitsbericht des europäischen Bürgerbeauftragten, v. 15.7.1997, ABl. C 286 v. 22.9.1997.

Bericht des Europäischen Parlaments über die Mitteilung der Kommission „Agenda 2000“ (Berichtersteller: Arie Oostlander, Enrique

Baron Crespo), Teile A – C, Dok. Nr. A4-0368/97 v. 19.11.1997.

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Vertrag von Amsterdam vom 19.11.1997, ABl. C 371 v. 8.12.1997.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Luxemburg auf seiner Tagung am 21.11. und am 12./13.12.1997, ABl. C 14 v. 19.1.1998.

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Mitteilung der Kommission „Agenda 2000“, ABl. C 388 v. 22.12.1997.

Sonderbericht des Europäischen Bürgerbeauftragten an das Europäische Parlament im Anschluß an die Initiativuntersuchung betreffend den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten, ABl. C 44 v. 10.2.1998.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und zu den Resultaten des Europäischen Jahres gegen Rassismus (1997), ABl. C 56 v. 23.2.1998.

1.5. Der Europäische Gerichtshof - Gericht erster Instanz

Rechtssache C-303/94, Parlament/Rat, Urteil vom 18.6.1997 (Nichtigkeit der Richtlinie des Rates zur Festlegung des Anhangs VI der Richtlinie über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln – Durchführungsbestimmungen ohne Anhörungen des Europäischen Parlaments).

Rechtssache C-392/95, Parlament/Rat, Urteil vom 10.6.1997 (Nichtigkeit der Verordnung des Rates zur Bestimmung der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der EU-Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen).

Gemeinsame Rechtssachen C-34/95, C-35/95 und C-36/95, Konsumentombudsmannen (KO)/De Agostini (Svenska), Förlag AB u.a., Urteil vom 9.7.1997 (Dienstleistungsverkehr: Fernsehen ohne Grenzen und Kinder/Jugendschutz bei Werbung).

Rechtssache C-409/95, Hellmut Marschall/Land NRW, Urteil vom 11. November 1997 (Zulässigkeit der spezifischen Begünstigung von Frauen beim Zugang zur Beschäftigung).

Rechtssache C-106/96, Vereinigtes Königreich, Dänemark, Deutschland und Rat/Kommission, Urteil vom 12.5.1998 (Aktionsprogramme ohne Rechtsgrundlage).

Rechtssache C-85/96, María Martínez Sala/Freistaat Bayern, Urteil vom 12.5.1998 (Jeder Unionsbürger kann sich gegenüber einer Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit durch einen anderen Mitgliedstaat auf seine Unionsbürgerschaft berufen).

Rechtssache T-174/95, Svenska Journalistförbundet (unterstützt durch Schweden, Dänemark und die Niederlande/Rat (unterstützt durch Frankreich und das Vereinigte Königreich), Urteil vom 17.6.1998 (Nichtigkeit der Entscheidung des Rates, mit der der Zugang zu bestimmten Dokumenten verweigert wurde, die sich auf EUROPOL beziehen).

Rechtssache C 323/97, Kommission/Belgien (Verurteilung des Königreichs Belgien, weil es anderen Unionsbürgern als Belgiern nicht das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen eingeräumt hat).

1.6. Das Europäische Währungsinstitut – Die Europäische Zentralbank

Bericht des EWI über den Konvergenzstand 1998, Frankfurt am Main, 24.3.1998.

Erklärung des Präsidenten des EWI, Wim Duisenberg, vor dem Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik des Europäischen Parlaments, v. 7.5.1998, Sitzungsdokument Nr. A4-0182/98.

1.7. Der Europäische Rechnungshof

Sonderbericht Nr. 2/97 über die humanitäre Hilfe der Europäischen Union von 1992 bis 1995, v. 20.2.1997.

Sonderbericht Nr. 3/97 über die Systeme zur Durchführung der für das PHARE-Programm bereitgestellten Mittel, v. 20.3.1997.

2. POLITIKBEREICHE DER EUROPÄISCHEN UNION

2.1. Agrar- und Fischereipolitik

Mitteilung der Kommission „Agenda 2000“/Bd. 1: Eine stärkere und erweiterte Union; Erster Teil, Kapitel III, KOM(97) 2000 v. 15.7.1997.

Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gesundheitsberichterstattung, ABl. L 193 v. 22.7.1997.

Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Hopfen (Änderung),

Sonderbericht Nr. 1/98 zu den Vorbemerkungen über die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Drittländern im Mittelmeerraum, v. 29.1.1998.

Sonderbericht Nr. 2/98 zu den Entscheidungen der Kommission über den Rechnungsab-schluß des EAGFL, Abt. Garantie, für das Haushaltsjahr 1993, v. 12.2.1998.

1.8. Der Ausschuß der Regionen

Entschließung des Ausschusses der Regionen zum Vertrag von Amsterdam, 20.11.1997.

Entschließung des Ausschusses der Regionen zur Mitteilung der Kommission „Agenda 2000“, ABl. C 64 v. 27.2.1998.

Bericht: Resonanz und Berücksichtigung der Stellungnahmen – Der Beitrag des Ausschusses der Regionen zum europäischen Aufbauwerk, Brüssel, April 1998.

Beschluß des Rates zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Regionen und ihrer Stellvertreter für den Zeitraum vom 26.1.1998 bis zum 25.1.2002, ABl. L 28 v. 4.2.1998.

Bericht: Ausschuß der Regionen: Die Reform der Strukturfonds, Brüssel, März 1998.

1.9. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß

Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Die Erweiterung der EU“, CES(97) 1197 v. 29.10.1997.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Mitteilung der Kommission „Agenda 2000“, ABl. C 355 v. 21.11.1997.

ABl. L 208 v. 2.8.1997.

Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (Änderung), ABl. L 292 v. 25.10.1997.

Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse, ABl. L 303 v. 6.11.1997.

Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (Änderung), ABl. L 351 v. 23.12.1997.

Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse hinsichtlich Konsummilch, ABl. L 351 v. 23.12.1997.

Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (Änderung), ABl. L 322 v. 25.11.1997.

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates zur Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (Agenda 2000), KOM(97) 607 v. 1.12.1997, und KOM(98) 158 v. 17.3.1998.

Verordnung des Rates mit zusätzlichen Tierschutzvorschriften für Straßenfahrzeuge zur Beförderung von Tieren während mehr als acht Stunden, ABl. L 52 v. 21.2.1998.

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den EAGFL (Agenda 2000), KOM(98) 158 v. 17.3.1998.

Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates über Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (Agenda 2000), KOM(98) 131 v. 18.3.1998.

2.2. Außenwirtschafts- und Handelspolitik

Übereinkommen im Rahmen der WTO über Informationstechnologien mit Drittländern, ABl. L 155 v. 12.6.1997.

Abkommen zwischen der EG und den USA über die Zusammenarbeit im Zollbereich, ABl. L 222 v. 12.8.1997.

XV. Jahresbericht der Kommission über die Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen der Gemeinschaft im Jahre 1996, KOM(97) 428 v. 16.9.1997.

Abkommen zwischen der EGKS und Rußland: Eisen- und Stahlerzeugnisse, ABl. L 300 v. 4.11.1997.

Verordnung des Rates zur autonomen Aussetzung der Erhebung der Zölle des GZT auf bestimmte Waren der Informationstechnologie, ABl. L 305 v. 8.11.1997.

2.3. Beschäftigungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik

Verordnung des Rates über Systeme der sozialen Sicherheit für Wanderarbeitnehmer (Änderung), ABl. L 176 v. 4.7.1997.

Richtlinie des Rates über den Schutz der Arbeitnehmer vor Gefährdung durch Karzinogene bei der Arbeit, ABl. L 179 v. 8.7.1997.

Bericht der Kommission über die demographische Lage der Union, KOM(97) 361 v. 9.7.1997.

Vorschlag der Kommission zu den Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten für 1998, KOM(97) 497 v. 1.10.1997.

Gemeinsamer Bericht der Kommission und des Rates zur Beschäftigung v. 17.11.1997.

Jahresbericht 1997 der Kommission zur Beschäftigungslage in Europa, KOM(97) 479 v. 1.10.1997.

Mitteilung der Kommission „Die Gemeinschaftspolitik im Dienste der Beschäftigung“, KOM(97) 611 v. 12.11.1997.

Aktionsplan der Kommission zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer, KOM(97) 586 v. 12.11.1997.

Formeller Vorschlag der Kommission zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien für 1998; vom Rat am 15.12.1997 gebilligt, KOM(97) 676 v. 3.12.1997 und ABl. C 30 v. 28.1.1998.

Richtlinie des Rates über die Erweiterung des Geltungsbereichs der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrates oder eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer auf das Vereinigte Königreich, ABl. L 10 v. 16.1.1998.

Richtlinie des Rates über die Erweiterung des Geltungsbereichs der Richtlinie zum Elternurlaub auf das Vereinigte Königreich, ABl. L 10 v. 16.1.1998.

Richtlinie des Rates über die Rahmenvereinbarung (von UNICE, CEEP und CES) über Teilzeitarbeit, ABl. L 14 v. 20.1.1998.

Richtlinie des Rates über die Beweislast bei geschlechtsbedingter Diskriminierung, ABl. L 14 v. 20.1.1998.

Bericht der Kommission über die Bewertung des dritten Aktionsprogramms der Gemeinschaft zugunsten der Behinderten (HELIOS II 1993-1996), KOM(98) 15 v. 20.1.1998.

Beschluß des Rates über Gemeinschaftstätigkeiten in bezug auf Analyse, Forschung und Zusammenarbeit im Bereich der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes, ABl. L 63 v. 4.3.1998.

Gemeinsamer Standpunkt des Rates zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der

- Mitgliedstaaten betreffend die Werbung für Tabakerzeugnisse, ABl. C 91 v. 26.3.1998.
- Fortschrittsbericht der Kommission über Folge-
maßnahmen zu der Mitteilung der Kommissi-
on „Einbindung der Chancengleichheit in
sämtliche politische Konzepte und Maßnah-
men der Gemeinschaft“, KOM(98) 122 v.
4.3.1998.
- Mitteilung der Kommission über ein Sozialpoli-
tisches Aktionsprogramm (1998-2000),
KOM(98) 259 v. 29.4.1998.
- Mitteilung der Kommission: Von Leitlinien zu
Maßnahmen: die nationalen Aktionspläne für
Beschäftigung, KOM(98) 316 v. 15.5.1998.

2.4. Bildungs- und Jugendpolitik

- Abschlußbericht der Kommission über das Pro-
gramm PETRA, KOM(97) 385 v. 22.7.1997.
- Abschlußbericht der Kommission über das Pro-
gramm FORCE, KOM(97) 384 v. 22.7.1997.
- Abschlußbericht der Kommission über das Pro-
gramm EUROTECNET, KOM(97) 386 v.
22.7.1997.
- Mitteilung der Kommission „Für ein Europa des
Wissens – Leitlinien für die künftigen
Gemeinschaftsprogramme“, KOM(97) 563 v.
12.11.1997.
- Entschließung des Rates über die frühzeitige
Vermittlung der Sprachen der Europäischen
Union, ABl. C 1 v. 3.1.1998.
- Beschluß des Europäischen Parlaments und des
Rates über die Änderung des SOKRATES-
Programms, v. 10.12.1997, in: Bulletin der
EU 12 (1997), ABl. L 77 v. 14.3.1998.
- Beschluß des Europäischen Parlaments und des
Rates über ein Aktionsprogramm zum
Europäischen Freiwilligendienst, v.
16.12.1997, in: Bulletin der EU 12 (1997).
- Vorschläge der Kommission für die neuen Pro-
gramme SOKRATES II, LEONARDO DA
VINCI II und YOUTH, vorläufige Versionen
vom Juli 1998: Internet: [http://europa.eu.int/
en/comm/dg22/newprogr/nphome.html](http://europa.eu.int/en/comm/dg22/newprogr/nphome.html).

2.5. Binnenmarktpolitik

- Vorschlag der Kommission für eine Entschei-
dung des Europäischen Parlaments und des
Rates über das Programm KAROLUS, ABl.
C 274 v. 10.9.1997.
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des
Rates über Merkmale zwei- oder dreirädriger
Kraftfahrzeuge, ABl. L 226 v. 18.8.1997.

- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des
Rates über die Freizügigkeit für Ärzte, ABl.
L 291 v. 24.10.1997.
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des
Rates über die Vergabe öffentlicher Bauauf-
träge, ABl. L 328 v. 28.11.1997.
- Vorschlag der Kommission für die Änderung der
Richtlinie 92/12/EWG über ein gemeinsames
Mehrwertsteuersystem, ABl. C 278 v.
13.9.1997.
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des
Rates zur Erleichterung der ständigen Ausü-
bung des Rechtsanwaltsberufs in einem ande-
ren Mitgliedstaat als dem, in dem die Quali-
fikation erworben wurde, ABl. L 77 v.
14.3.1998.
- Schlußfolgerungen des Rates zur gegenseitigen
Anerkennung, v. 30.3.1998, in: Bulletin der
EU 3 (1998), S. 32-33.

2.6. Energiepolitik

- Vorschlag der Kommission für einen Beschluß
des Rates über ein Rahmenprogramm im
Energiebereich (1998-2002), KOM(97) 550.
- Verordnung des Rates zur Verlängerung der
Laufzeit des SYNERGY-Programms zur För-
derung der internationalen Zusammenarbeit
im Energiebereich, ABl. L 351 v. 23.12.1997.
- Mitteilung der Kommission: Energieeffizienz in
der EG – Ansätze für eine Strategie des rati-
onellen Energieeinsatzes, KOM(98) 246 v.
29.4.1998.

2.7. Entwicklungspolitik

- Vorschlag der Kommission für eine Verordnung
des Rates zur Berücksichtigung geschlechts-
spezifischer Fragen in der Entwicklungszu-
sammenarbeit, KOM(97) 265 v. 6.6.1997.
- Verordnung des Rates zur Unterstützung der
Bevölkerungspolitiken und -programme in
den Entwicklungsländern, ABl. L 202 v.
30.7.1997.
- Jahresbericht 1996 der Kommission über die
humanitäre Hilfe der Gemeinschaft, Brüssel,
3.9.1997.
- Verordnung des Rates zur Nord-Süd-Zusammen-
arbeit bei der Bekämpfung der Drogen und
der Drogenabhängigkeit, ABl. L 287 v.
21.10.1997.
- Orientierungslinien der Kommission im Hinblick
auf das Auslaufen des Vierten Lomé-Abkom-
mens für die Aushandlung neuer Kooperati-

onsabkommen mit den AKP-Staaten, KOM(97) 537 v. 29.10.1997.

2.8. Forschung und Technologie

- Vorschlag der Kommission für einen Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates über das Fünfte Rahmenforschungsprogramm (1998-2002), ABI. C 173 v. 7.6.1997.
- Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates über das Vierte Rahmenforschungsprogramm (Änderung), ABI. L 347 v. 18.12.1997.
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Telekommunikationseinrichtungen und Satellitenfunkanlagen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität, ABI. L 74 v. 12.3.1998.
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anwendung des offenen Netzzugangs (ONP) beim Sprachtelefondienst und den Universaldienst im Telekommunikationsbereich in einem wettbewerbsorientierten Umfeld, ABI. L 101 v. 1.4.1998.
- Entscheidung des Rates über ein Mehrjahresprogramm der Gemeinschaft zur Förderung der Informationsgesellschaft in Europa, ABI. L 107 v. 7.4.1998.

2.9. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

- Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über Vorschriften zur Finanzierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, v. Europäischen Parlament gebilligt, Protokoll der Sitzung v. 16.7.1997, S. 2-3.
- Gemeinsame Aktion des Rates betreffend des Büro des Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina, ABI. L 205 v. 31.7.1997.
- Gemeinsamer Standpunkt des Rates betreffend restriktiver Maßnahmen gegenüber Personen, die den Friedensabkommen von Bosnien-Herzegowina zuwiderhandeln, ABI. L 259 v. 22.9.1997.
- Beschluß des Rates über die Durchführung des gemeinsamen Standpunkts betreffend Konfliktverhütung und Konfliktlösung in Afrika, ABI. L 293 v. 27.10.1997.
- Gemeinsame Aktion des Rates über das Moratorium für die Herstellung und Ausfuhr von Antipersonenminen, ABI. L 338 v. 9.12.1997.

- Gemeinsame Aktion des Rates über das System zur Kontrolle der Ausfuhren von Gütern und Technologien mit doppeltem – zivilem und militärischem – Verwendungszweck, ABI. L 178 v. 7.7.1997, ABI. L 266 v. 29.9.1997 und ABI. L 32 v. 6.2.1998.
- Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Verschärfung der Sanktionen gegen Myanmar, ABI. L 293 v. 27.10.1997.
- Verordnung des Rates über die Aussetzung bestimmter europäischer Beziehungen zu Angola, ABI. L 309 v. 12.11.1997.
- Verordnung des Rates über die Aussetzung bestimmter wirtschaftlicher Beziehungen zu Sierra Leone, ABI. L 344 v. 15.12.1997.
- Entschließung des Europäischen Parlaments zu den im Rahmen der GASP getätigten Ausgaben, ABI. C 14 v. 19.1.1998.
- Gemeinsame Aktion des Rates zur Unterstützung des bosnischen Friedensprozesses, ABI. L 35 v. 9.2.1998.
- Gemeinsame Aktion des Rates betreffend die Unterstützung der Wahlen in Bosnien-Herzegowina, ABI. L 138 v. 9.5.1998.
- Gemeinsame Aktion des Rates zur Unterstützung der Regierung in Montenegro, ABI. L 138 v. 9.5.1998.
- Gemeinsame Aktion des Rates betreffend die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für die Bundesrepublik Jugoslawien, ABI. L 165 v. 10.6.1998.

2.10. Haushalts- und Finanzpolitik

- Entschließung des Europäischen Parlaments zum Vorschlag für eine Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über Vorschriften zur Finanzierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Protokoll der Sitzung v. 16.7.1997, S. 1.
- Haushaltsplan für 1998, v. Europäischen Parlament am 18.12.1997 beraten und festgestellt, ABI. C 14 v. 19.1.1998.
- Bericht der Kommission über die Durchführung der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 29.10.1993 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens – Vorschläge für eine neue Vereinbarung, KOM(98) 165 v. 17.3.1998.
- Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Erstellung einer neuen Finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2000-2006, KOM(98) 164 v.

18.3.1998.

Jahresbericht 1997 der Kommission über den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft, KOM(98) 276 v. 6.5.1998.

2.11. Justiz- und Innenpolitik

Annahme durch den Rat eines Protokolls zum EUROPOL-Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten für EUROPOL, die Mitglieder der Organe, die stellvertretenden Direktoren und die Bediensteten von EUROPOL, ABl. C 221 v. 19.7.1997.

Gemeinsame Maßnahme des Rates zur Finanzierung gezielter Projekte zugunsten von Vertriebenen, die vorübergehenden Schutz in den Mitgliedstaaten gefunden haben, ABl. 205 v. 31.7.1997.

Aktionsplan einer Hochrangigen Gruppe zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, ABl. C 251 v. 15.8.1997.

Inkrafttreten des Dubliner Übereinkommens über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der EU gestellten Asylantrages zum 1.9.1997, ABl. L 242 v. 4.9.1997.

Gemeinsamer Standpunkt des Rates über die Verhandlungen im Europarat über die Bekämpfung der Korruption, ABl. L 279 v. 13.10.1997.

Gemeinsamer Standpunkt des Rates über die Verhandlungen in der OECD über die Bekämpfung der Korruption, ABl. L 320 v. 21.11.1997.

Gemeinsame Maßnahme des Rates betreffend die Schaffung eines Mechanismus für die Begutachtung der einzelstaatlichen Anwendung und Umsetzung der zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eingegangenen internationalen Verpflichtungen, ABl. L 344 v. 15.12.1997.

Entschließung des Rates über die Prioritäten der EU im Bereich Justiz und Inneres vom 1.1.1998 bis zum Inkrafttreten des neuen Vertrags von Amsterdam, ABl. C 11 v. 15.1.1998.

Entschließung des Europäischen Parlaments über die Fortschritte im Bereich Justiz und Inneres, ABl. C 11 v. 15.1.1998.

Entwurf einer gemeinsamen Maßnahme des Rates betreffend den Straftatbestand der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, v. 19.3.1998, Bulletin der EU 3 (1998), S. 112.

Entwurf des Rates für eine Erweiterung des Mandats von EUROPOL auf Terrorismusbekämpfung, v. 19.3.1998, in: Bulletin der EU 3 (1998), S. 112.

Gemeinsame Maßnahme des Rates betreffend ein Ausbildungs-, Austausch- und Kooperationsprogramm in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Überschreiten der Außengrenzen (ODYSSEUS), ABl. L 99 v. 31.3.1998.

Gemeinsame Maßnahme des Rates über ein Austausch-, Ausbildungs- und Kooperationsprogramm für Personen, die für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zuständig sind (FALCONE), ABl. L 99 v. 31.3.1998.

2.12. Kooperations-, Assoziierungs- und Beitrittspolitik

Mitteilung der Europäischen Kommission „Agenda 2000“, KOM(97) 2000/Teile I und II, 15.7.1997 sowie die 10 Stellungnahmen der Kommission zu den Beitrittsanträgen, DOC/97/11-DOC/97/20.

Stellungnahmen der Kommission zu den Beitrittsanträgen Ungarns, Polens, Rumäniens, der Slowakei, Lettlands, Estlands, Litauens, Bulgariens, der Tschechischen Republik und Sloweniens, KOM(97) 2001 bis 2010 v. 15.7.1997.

Bericht der Kommission über die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, KOM(97) 371 v. 18.7.1997.

Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, KOM(97) 357.

Mitteilung der Kommission über die regionale Zusammenarbeit am Schwarzen Meer, KOM(97) 597 v. 14.11.1997.

Abkommen der EG mit der Republik Südafrika über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, ABl. L 313 v. 15.11.1997.

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes über das dezentrale Durchführungssystem von PHARE, ABl. C 358 v. 24.11.1997.

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EGKS, EG und EURATOM mit Rußland, ABl. L 327 v. 28.11.1997.

Bericht der Kommission an den Rat über die Initiativen der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum, dem Schwarzen Meer, der Barentsee, Mitteleuropa und Südosteuropa,

- KOM(97) 659 v. 1.12.1997.
- Mitteilung der Kommission: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozeß und ihre künftige Hilfe im Nahen Osten, KOM (97) 715 v. 16.1.1998
- Kooperationsabkommen zwischen der EG und FYROM, ABl. L 348 v. 18.12.1997.
- Europaabkommen mit Estland, Lettland und Litauen, Beschlüsse des Rates und der Kommission über den Abschluß der Abkommen, ABl. L 68 v. 9.3.1998, ABl. L 26 v. 2.2.1998 und ABl. L 51 v. 20.2.1998.
- Vorschläge der Kommission für Beschlüsse des Rates über die Grundsätze, Prioritäten, unmittelbaren Ziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaften, KOM(98) 53 v. 4.2.1998.
- Mitteilung der Kommission an den Rat über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Malta, v. 5.2.1998.
- Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den EG und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Ukraine andererseits, ABl. L 49 v. 19.2.1998.
- Kooperationsabkommen zwischen der EG und der Republik Jemen, ABl. L 72 v. 11.3.1998.
- Partnerschaftsabkommen der EG und ihrer Mitgliedsstaaten mit Rußland: Annahme der Geschäftsordnung und des Arbeitsprogramms 1998 des Kooperationsrates, ABl. L 87 v. 21.3.1998.
- Europa-Mittelmeer-Abkommen zwischen der EG und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und Tunesien andererseits, ABl. L 97 v. 30.3.1998.
- Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates über ein strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (SIVB), KOM(98) 138 v. 17.3.1998.
- Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates zur Koordinierung der Hilfe für die beitragswilligen Länder im Rahmen der Heranführungsstrategie, KOM(98) 150 v. 17.3.1998.
- Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates über eine gemeinschaftliche Förderung für Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums zur Vorbereitung der Bewerberländer während des Heranführungszeitraums, KOM(98) 153 v. 17.3.1998.

2.13. Kulturpolitik

- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Änderung der Richtlinie 89/552/EWG zur Ausübung der Fernsehaktivität („Fernsehrichtlinie“), ABl. L 202 v. 30.7.1997.
- Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm ARIANE, ABl. L 291 v. 24.10.1997.
- Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm RAPHAEL, ABl. L 305 v. 8.11.1997.
- Communication de la Commission sur le Programme-cadre de la CE en faveur de la culture (2000-2004) et Proposition de décision du Parlement européen et du Conseil établissant un instrument unique de financement et de programmation pour la coopération culturelle (Programme CULTURE 2000), KOM(98)266 v. 6.5.1998.

2.14. Regional- und Strukturpolitik

- Jahresbericht der Kommission über die Tätigkeit des Kohäsionsfonds im Jahr 1996, KOM(97) 302 v. 23.6.1997.
- Verordnung des Rates über die Verarbeitung und Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, ABl. L 142 v. 2.6.1997.
- Mitteilung der Kommission „Agenda 2000“/Bd. 1: Eine stärkere und erweiterte Union; Erster Teil, Kapitel 1 und 2, KOM(97)2000 v. 15.7.1997.
- Achter Jahresbericht der Kommission über die Strukturfonds, KOM(97) 526 v. 30.10.1997.
- Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates zur Errichtung des Kohäsionsfonds (Agenda 2000), KOM(98) 130 v. 17.3.1998.
- Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates mit den allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (Agenda 2000), KOM(98) 131 v. 18.3.1998.
- Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Agenda 2000), KOM(98) 131 v. 18.3.1998.
- Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates über den Europäischen Sozialfonds (Agenda 2000), KOM(98) 131 v. 18.3.1998.

2.15. Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik

- Vorschlag der Kommission für eine Entscheidung des Rates zum ALTENER II-Programm, ABl. C 192 v. 24.6.1997.
- Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gesundheitsberichterstattung, ABl. L 193 v. 22.7.1997.
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG: Irreführende Werbung, ABl. L 290 v. 23.10.1997.
- Richtlinie des Rates über die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. L 305 v. 8.11.1997.
- Mitteilung der Kommission über Umwelt und Beschäftigung, KOM(97) 592 v. 18.11.1997.
- Beschluß des Rates über die Förderung von im Umweltschutz tätigen Nichtregierungsorganisationen, ABl. L 354 v. 30.12.1997.
- Beschluß des Rates über ein Aktionsprogramm für den Katastrophenschutz, ABl. L 8 v. 14.1.1998.
- Beschluß des Rates zur Genehmigung – im Namen der EG – der Änderungen der Anhänge I und II des Bonner Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten, ABl. L 46 v. 17.2.1998.
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise von ihnen angebotener Erzeugnisse, ABl. L 80 v. 18.3.1998.

2.16. Verkehrspolitik und TEN

- Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Ausgestaltung der transeuropäischen Netze im Energiebereich, ABl. L 152 v. 11.6.1997.
- Verordnung des Rates über die Haftung von Luftfahrtunternehmen, ABl. L 285 v. 17.10.1997.
- Jahresbericht der Kommission an den Europäischen Rat über die transeuropäischen Netze, KOM(97) 654 v. 4.12.1997.
- Verordnung des Rates über die Zulassung von Verkehrsunternehmen innerhalb eines Mitgliedstaates, in dem sie nicht ansässig sind, ABl. L 4 v. 8.1.1998.
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für Postdienste in der Gemeinschaft, ABl. L 15 v. 21.1.1998.

2.17. Währungspolitik

- Verordnung des Rates über Vorschriften für die Einführung des Euro, ABl. L 162 v. 19.6.1997.
- Mitteilung der Kommission über die Auswirkungen des Euro auf die Kapitalmärkte, KOM(97) 337 v. 2.7.1997.
- Entschließung des Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt, ABl. C 236 v. 2.8.1997.
- Mitteilung der Kommission über praktische Aspekte bei der Einführung des Euro, KOM(97) 491 v. 1.10.1997.
- Mitteilung der Kommission über die Auswirkungen der Umstellung auf den Euro auf Politik, Institutionen und Recht der Gemeinschaft, KOM(97) 560 v. 5.11.1997.
- Empfehlung der Kommission vom 23.4.1998 zu Bankentgelten im Zusammenhang mit der Umstellung auf den Euro, ABl. L 130 v. 1.5.1998.
- Verordnung des Rates über die Einführung des Euro, ABl. L 139 v. 11.5.1998.
- Verordnung des Rates über die Stückelungen und technischen Merkmale der Euro-Münzen, ABl. L 139 v. 11.5.1998.
- Verordnung des Rates über die Haushaltsdisziplin, ABl. L 209 v. 2.8.1997.
- Verordnung des Rates über Regeln bei übermäßigem Defizit, ABl. L 209 v. 2.8.1997.
- Entschließung des Europäischen Parlaments zum Thema „Der Euro und der Verbraucher“, ABl. C 34 v. 2.2.1998.
- Vorschlag der Kommission für einen Beschluß des Rates über die Einzelheiten der Zusammensetzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses, KOM(98) 110 v. 25.2.1998.
- Bericht der Kommission an den Rat über den Konvergenzstand 1998, KOM(98) 1999 v. 25.3.1998.
- Empfehlung der Kommission für eine Empfehlung des Rates nach Artikel 109 J (2) EGV, v. 25.3.1998.
- Erklärung des Rates zur Haushaltskonsolidierung, v. 1.5.1998, Mitteilung an die Presse Nr. 7947/98 (Presse 120).
- Empfehlung des Rates zur Ernennung des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, v. 2.5.1998, in: Die Internationale Politik 6 (1998), S. 98.
- Entschließung des Europäischen Parlaments zur einheitlichen Währung, v. 2.5.1998, in: Internationale Politik 6 (1998), S. 98.
- Entscheidung des Rates betreffend die an der einheitlichen Währung teilnehmenden Län-

der, v. 2.5.1998, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, v. 11.5.1998.

Gemeinsames Kommuniqué der Wirtschafts- und Finanzminister der Mitgliedstaaten, der Zentralbankgouverneure, der Europäischen Kommission und des Europäischen Währungsinstituts zur Festlegung der unwiderruflichen Umrechnungskurse für den Euro, v. 3.5.1998, Internet: <http://ue.eu.int/newsroom/Latest/English/08172d8.doc.htm>.

2.18. Wettbewerbs- und Industriepolitik

XXVII. Bericht über die Wettbewerbspolitik 1997, Europäische Kommission, Mai 1998.

Bericht der Kommission über die Anwendung der Wettbewerbsregeln in der EU im Jahr 1997, Europäische Kommission 1998.

Verordnung des Rates zur Fusionskontrolle (Änderung), ABl. L 180 v. 9.7.1997.

Mitteilung der Kommission „Die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie – Antworten auf die globalen Herausforderungen“, KOM(97) 466 v. 24.9.1997.

Mitteilung der Kommission „Für eine neue Schiffbaupolitik“, KOM(97) 470 v. 1.10.1997.

Mitteilung der Kommission über einen „Aktionsplan für die europäische Rüstungsindustrie“, KOM(97) 583 v. 4.12.1997.

Genehmigung der Kommission des Erwerbs der McDonnell Douglas Corporation durch The Boeing Company, ABl. L 336 v. 8.12.1997.

Bekanntmachung der Kommission über die Definition des „relevanten Marktes“ im Sinne des EG-Wettbewerbsrechts, ABl. C 372 v. 9.12.1997.

Leitlinien der Kommission für Regionalbeihilfen, v. 16.12.1997, Bulletin der EU 12 (1997).

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Diskriminierung beim Verkauf von Eintrittskarten für die Fußballweltmeisterschaft 1998 in Frankreich, ABl. C 104 v. 6.4.1998.

2.19. Wirtschaftspolitik

Jahreswirtschaftsbericht 1997 - Wachstum, Beschäftigung und Konvergenz auf dem Weg zur WWU, KOM(97) 27 endg. v. 12.2.1997.

Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft für 1997, v. 7.7.1997, ABl. L 209 v. 2.8.1997.

Schlußfolgerungen der Rates zur Steuerpolitik, v. 19.12.1997, in: Bulletin der EU 12 (1997).

Mitteilung der Kommission „Wachstum und Beschäftigung im Stabilitätsrahmen der WWU: Wirtschaftspolitische Überlegungen im Hinblick auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik für 1998“, KOM(98) 103 v. 25.2.1998.

3. DOKUMENTE DER MITGLIEDSTAATEN UND DER BEITRITTLÄNDER ZUM AMSTERDAMER VERTRAG UND ZUR AGENDA 2000

3.1. Belgien

„Agenda 2000. Uitbreiding“ (Internes Papier der belgischen Regierung mit Kommentaren zur Mitteilung der Europäischen Kommission „Agenda 2000“, Brüssel, Juli/August 1997).

vor dem Deutschen Bundestag, 27.6.1997; sowie anschließende Debatte, in: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll Nr. 13/185, S. 16733-16766.

Memorandum der Bayerischen Staatsregierung zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission in der „Agenda 2000“, verabschiedet vom Bayerischen Ministerrat am 16.9.1997.

Gesetzesentwurf und Denkschrift der Bundesregierung zum Amsterdamer Vertrag, Bundesrat, Drucksache 784/97 v. 17.10.1997.

Staatsministerium Baden-Württemberg: Agenda 2000 – Bewertung aus Landessicht, Beschluß der Landesregierung v. 10.10.1997.

Erklärung der Bundesregierung: Vorschau auf die Sondertagung des Europäischen Rates über Beschäftigung in Luxemburg, abgege-

3.2. Bundesrepublik Deutschland

Beschluß der 17. Europaministerkonferenz der Länder: Ergebnisse der Regierungskonferenz, Bonn, 25.6.1997.

Erklärung der Bundesregierung zum Europäischen Rat in Amsterdam sowie zum Weltwirtschaftsgipfel in Denver und zur Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, abgegeben von Bundeskanzler Helmut Kohl

- ben von Bundeskanzler Helmut Kohl am 12.11.1997, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 91 (1997) v. 17.11.1997.
- Deutscher Bundesrat: Entschließung (1. Lesung) zum Amsterdamer Vertrag und zur Mitteilung der Europäischen Kommission „Agenda 2000 – eine stärkere und erweiterte Union“, Bundesrat, Drucksache Nr. 904/97 v. 28.11.1997.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Beschluß EU 26 des ordentlichen Parteitag von Hannover, 2.-4. Dezember 1997: „Unsere Perspektive: Europa – ein einiger Kontinent des Friedens, des Wohlstands und der sozialen Sicherheit“.
- Deutscher Bundestag: Entschließungsantrag der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag „Amsterdam neu verhandeln“, vom 9. Dezember 1997, Bundestagsdrucksache 13/9379.
- Bundesministerium für Wirtschaft: Memorandum zur Revision der EU-Strukturfondsförderung ab dem Jahr 2000, v. 16.2.1998.
- Debatte des Deutschen Bundestages zur Ratifikation des Amsterdamer Vertrages, Plenarprotokoll Nr. 13/222 v. 5.3.1998.
- Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts zu den „Euro-Verfassungsbeschwerden“ – 2 BvR 1877/97 – und 2 BvR 50/98 -, v. 31.3.1998, Internet: <http://www.jura.uni-passau.de/faku...e/Bethge/OeRimWWW/BverfG/Euro.html>.
- Erklärung der Bundesregierung zur Festlegung des Teilnehmerkreises an der Europäischen Währungsunion, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 24 (1998) v. 3.4.1998.
- Dokumentation zur parlamentarischen Beratung zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion am 23. und 24. April 1998, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 27 (1998) v. 29.4.1998.
- Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, Ergebnisprotokoll zu TOP: Agenda 2000, v. 8.6.1998.
- Gemeinsamer Brief des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten an den amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rates, Tony Blair, in: Der Bundeskanzler der BR Deutschland, Nr. 257/1998 v. 9.6.1998.
- Erklärung der Bundesregierung zum Europäischen Rat in Cardiff am 15./16.6.1998, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 44 (1998), S. 577-584.

3.3. Dänemark

- Niels Helveg Petersen (Außenminister): Artikel zum Amsterdamer Vertrag in der Tageszeitung „det fri aktuelt“ vom 18. Juli 1997, in: Internet: <http://www.um.dk/cgibin/um/udenri...erdam/artikler/bos.parser.pl?key=6>.
- Udenrigsministeriet: Dagsorden 2000 – EU's udfordringer i de kommende år, Kopenhagen, Juni 1997.
- Folketing: Forslag til Lov om ændring af lov om Danmarks tiltrædelse af De Europæiske Fællesskaber – Danmarks ratifikation af Amsterdamer-Traktaten om ændring af Traktaten om Den Europæiske Union, Lovforslag nr. L 2, 7.10.1997.
- Justitsministeriet: Justitsministeriets redegørelse for visse forfatningsretlige spørgsmål i forbindelse med Danmarks ratifikation af Amsterdamer-Traktaten, Copenhagen 1998.

3.4. Finnland

- IGC-Info, ab Nr. 4 (juni) in schwedischer Sprache: Internet: http://www.eurooppa-tiedotus.fi/svenska/material/igc_4_97.html.
- Rede von Ministerpräsident Paavo Lipponen im Europa-Seminar der Tageszeitung Helsingin Sanomat, v. 9.10.1997; Erweiterung nach der Regierungskonferenz, Inoffizielle Übersetzung, auszugsweise abgedruckt in: Jopp/Maurer/Schmuck (Hrsg.): Die Europäische Union nach Amsterdam, Bonn 1998.

3.5. Frankreich

- Regierungserklärung des Französischen Premierministers Lionel Jospin vor der Nationalversammlung, 19.6.1997, in: Frankreich-Info, 24.6.1997.
- Propos à la Presse du Ministre délégué aux affaires européennes, Pierre Moscovici sur le Conseil d'Affaires Générales de Luxembourg, 26.6.1997, in: DBIC-Bulletin quotidien, S. 13 f.
- Assemblée nationale: Rapport d'information No. 39 de la délégation pour l'Union européenne sur „la révision des traités“, v. 2.7.1997.
- Assemblée nationale: Rapport d'information No. 425 de la délégation pour l'Union européenne sur „la communication de la

Commission européenne „Agenda 2000“, v. 6.11.1997.

Conseil constitutionnel: Décision No. 97-394 DC du 31.12.1997 sur le traité d'Amsterdam et la révision de la Constitution française, Internet: <http://www.conseil-constitutionnel-fr/decisions/97/97349dc.htm>.

Sénat: Rapport d'information No. 281 de la délégation du Sénat pour l'Union européenne sur „une révision de l'article 88-4 de la Constitution“, v. 10.2.1998.

Assemblée nationale: Rapport d'information No. 769 de la délégation pour l'Union européenne sur: „les partenariats pour l'adhésion“, v. 6.3.1998.

Debatte in der Nationalversammlung über die Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Einführung des Euro – Rede von Premierminister Lionel Jospin, in: Frankreich-Info Nr. 46 v. 30.4.1998.

Sénat: Rapport d'information No. 432 de la délégation du Sénat pour l'Union européenne sur „les conditions de la ratification du traité d'Amsterdam“, v. 14.5.1998.

Dokumentation der Assemblée nationale über das interparlamentarische Kolloquium „L'Élargissement et les réformes institutionnelles en Europe“, Paris, 4.6.1998 (mit Redebeiträgen aus allen Parlamenten Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer).

Lettre commune du Président de la République et du Chancelier allemand au président en exercice du Conseil, Tony Blair, in: Ambassade de France, Textes officiels No. 11 v. 10.6.1998.

Conférence de presse conjointe du Président de la République, Jacques Chirac et du Premier Ministre, Lionel Jospin, sur le Conseil européen de Cardiff, Ambassade de France, Textes officiels, Nr. 12 v. 19.6.1998.

3.6. Griechenland

Republik Griechenland: Griechenland in der Welt – Eine Gesamtdarstellung der Außenpolitischen Beziehungen als Mitgliedstaat der EU, Bonn, April 1998.

3.7. Irland

Statements by the Taoiseach, Bertie Ahern, TD, and the Minister for Foreign Affairs, Ray Burke, TD, on the Amsterdam European Council, Dáil Éireann, 10. Juli 1997, Euro-

pean Document Series, Nr. 18, S. 1-10.

Address to the European Movement National Conference by An Taoiseach, Mr. Bertie Ahern T.D. on: „Agenda 2000 – Implications for Ireland“, Internet: <http://www.irlgov.ie/gis/26063e.htm>.

Speech by the Minister for Foreign Affairs David Andrews T.D. on the occasion of the launch of the Government's White Paper on the Treaty of Amsterdam, Iveagh House, 26.1.1998, Internet: <http://www.irlgov.ie/iveagh/eu/press>.

White Paper on the Treaty of Amsterdam, 26.1.1998, Internet: <http://www.irlgov.ie/iveagh/whitepaper/default.htm>.

3.8. Italien

Lamberto Dini: „The Italian Government“, in: Challenge Europe (Hrsg.): Making sense of the Amsterdam Treaty, Brussels 1997, S. 42-43.

Ministeri degli Affari Esteri: Intervento del Ministro degli Affari Esteri, Lamberto Dini alla Camera di Deputati in occasione del dibattito sulla politica estera, Roma, 17. März 1998.

3.9. Luxemburg

Programme de la Présidence du Conseil de l'Union européenne, Luxembourg – Deuxième Sémestre 1997, Luxembourg, Juni 1997.

3.10. Österreich

Victor Klima: „Nous avons besoin en Europe de plus d'esprit de communauté“, Interview mit Le Monde, 4.5.1997.

Nationalrat: Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union (Auszugsweise Darstellung): 1. Aussprache über die Ergebnisse der Regierungskonferenz, 3.7.1997.

Bundeskanzleramt: Österreichische EU-Präsidenschaft 1998, Schwerpunkte der Ressorts, o.O. 14.7.1997.

Bundeskanzleramt: Agenda 2000. Eine stärkere und erweiterte Union, o.D. 1997, Wien.

Bundeskanzleramt: Denkschrift „Der Vertrag von Amsterdam – Das Ergebnis der Regierungskonferenz 1996/1997“, Wien, 26. 6.1997.

Das Programm der Österreichischen EU-Präsi-

deutschaft 1998, Internet: <http://www.presidency.gov.at/programm/programmlang/html.de>.

3.11. Niederlande

Erklärung des niederländischen Premierministers, Wim Kok zum Europäischen Rat und dem Vertrag von Amsterdam, abgegeben vor der Zweiten Kammer am 18. Juni 1997; in: Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstukken, Den Haag, 18. Juni 1997, S. 94-6540 - 94-6543.

Gosses, S.I.H.: „Treaty of Amsterdam marks another step on the way to a European constitution“, in: Thesis (Athens) 3 (1997).

Michel Patijn: „The Dutch Presidency“, in: Challenge Europe (Hrsg.): Making Sense of the Amsterdam Treaty, Brussels 1997, S. 38-39.

Dutch Government: Memorandum to the Lower House on Agenda 2000, Den Haag, 3.11.1997.

3.12. Portugal

Francisco Seixas da Costa: Conferencia Intergovernmental: A perspectiva portuguesa da negociacao do Tratado de Amsterdao, in: Europa - Novas Fronteiras, Novembro 1997.

Francisco Seixas da Costa: Reasons for Sharing Enlargement burden, in: European Voice, 5.3.1998.

3.13. Schweden

Rede der schwedischen Außenministerin Lena Hjelm-Wallén in der Debatte im Schwedischen Reichstag über den Amsterdamer Vertrag am 22. Oktober 1997; Schwedischer Reichstag: Kurzprotokoll 1997/98:17, Mittwoch, 22. Oktober 1997; Übersetzung: Sven Arnsward.

Statement by Mrs. Lena Hjelm-Wallén, Minister for Foreign Affairs at the General Affairs Council on 15 September 1997, Unofficial translation, Stockholm.

3.14. Spanien

Rede des spanischen Ministerpräsidenten, José María Aznar, vor dem spanischen Kongreß, am 25. Juni 1997, zum Gipfel von Amsterdam, in: Comparecencia del Presidente del

Gobierno (José María Aznar) ante el Pleno de la Cámara, para informar sobre la reuni6n 654el Consejo Europeo celebrada en Amsterdam los días 16 y 17 de junio; in: Cortes Generales: Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados, VI Legislatura, Num. 95, S. 4759-4765.

3.15. Vereinigtes Königreich

House of Commons Library: EU Enlargement, Research Paper 97/86, v. 11.7.1997.

Rede des britischen Außenministers Robin Cook vor dem Overseas Club und dem Senat der Stadt Hamburg: „Ein Programm für Großbritannien“, in: Britische Dokumentation, Nr. D24797 v. 12.9.1997.

European Communities Amendment Bill, House of Commons, Session 1997-1998, 30.10.1997.

House of Commons Library: The EC (Amendment) Bill: Implementing the Amsterdam Treaty (Bill No. 71), Research Paper No. 97/112, v. 5.11.1997.

Erklärung des britischen Schatzkanzlers Gordon Brown im Unterhaus über Großbritanniens Einstellung zur Währungsunion, in: Europäische Notizen aus Großbritannien, Nr. E8/97 v. 5.11.1997.

Rede des britischen Außenministers Robin Cook vor dem Institut für Auswärtige Angelegenheiten in Dublin: Der Britische Ratsvorsitz - Europa den Bürgern zurückgeben“, in: Europäische Notizen aus Großbritannien, Nr. E9/97, v. 7.11.1997.

UK Presidency of the European Union 1998 - Programme, Internet: <http://presid.fco.gov.uk/homepage.html>.

Rede des Premierministers Tony Blair beim jährlichen Bankett des Londoner Oberbürgermeisters: „Die Grundsätze der modernen britischen Außenpolitik“, in: Britische Dokumentation, Nr. D28/97 v. 28.11.1997.

Britain's Presidency of the European Union, Briefing Paper, FCO, January 1998.

Das Umweltschutzprogramm der britischen Regierung für den Ratsvorsitz in der EU - Eine Zusammenfassung, in: Britische Notizen zum Umweltschutz, Nr. U1/98, v. 8.1.1998.

House of Commons Library: EMU: Views in the other EU Member States, Research Paper 98/39 v. 23.3.1998.

Rede des britischen Premierministers Tony Blair bei der Einweihung der Europäischen Zen-

tralbank am 30.6.1998, in: Europäische Notizen aus Großbritannien, Nr. E9/98 v. 30.6.1998.

3.16. Dokumente der Beitrittskandidaten

Estland: Road Map to Reform: Estonia's future plans in the field of European integration, Tallinn, October 1997.

Estland: The Structure and Preparations for Estonia's EU Accession Negotiations, in: Estonia Today, 16.3.1998.

Estland: National Programme for the adaption of the Acquis, Tallin 1998.

Lettland: Latvia and the EU (alle Dokumente Internet: <http://www.mfa.bkc.lv.mfa/pub/EU/Eu.htm>).

Litauen: Prime Minister's spokesman for the Press: The Government of Lithuania cannot agree with the non-objective conclusion of the European Commission, Vilnius, 17.7.1997.

Litauen: Resolution No. 1202 of the Republic of Lithuania on the preparation for the Programme for Accession Partnership, Vilnius, 31.10.1997.

Litauen: Non-Paper on Part C of the Commission's Opinion on Lithuania's Application for Membership of the EU, o.D.

Litauen: Resolution of the Seimas of the Republic of Lithuania regarding the priorities of the Government during Lithuania's integration into the EU, Vilnius, 6.11.1997.

Polen: The Committee for European Integration: National Strategy for Integration, Warsaw

1997.

Polen: Urząd Komitetu Integracji Europejskiej: O Opinie Komisji Europejskiej w sprawie wniosku Polski o członkostwo w Unii Europejskiej, Rada Integracji Europejskiej, III Posiedzenie, 13 Sierpnia 1997.

Polen: Office of the Committee for European Integration: Position of the Government of the Republik of Poland regarding the Commission's Opinion on Poland's application for Membership of the European Union, Warsaw, October 1997.

Rumänien: The Point of View of the Government of Romania with regard to the Agenda 2000, Bucharest, September 1997.

Rumänien: Possible Approaches to the EU Enlargement, Non-Paper, November 1997.

Rumänien: Romania and Agenda 2000 – a preliminary assessment, o.D. (1997).

Slowakei: Ministry of Foreign Affairs of the Slovak Republic: Slovak View on the Commission's opinion on Slovakia's application for membership of the EU, 28.8.1997.

Slowakei: Zdenka Kramplova, Außenminister der SR: Zur Konzeption der Integration der Slowakischen Republik in die EU aus der Sicht des Außenministers der SR, o.D. (1997).

Slowakei: Non-Paper: Slovak view on certain elements of Agenda 2000 – The pre-accession strategy and the European Conference, o.D. (1997).

Ungarn: Zusammenfassung der Rede des Außenministers der Republik Ungarn in der Berliner Pressekonferenz unter dem Titel: Europa heute Ungarn, Berlin, 12.9.1997

4. EUROPAPOLITIK ANDERER EUROPÄISCHER UND TRANSATLANTISCHER ORGANISATIONEN

4.1. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Dokumente der OSZE können von der Homepage unter „<http://www.osceprag.cz/docs/chronos.htm>“ geladen werden.

Warsaw Declaration of the OSCE Parliamentary Assembly, v. 8.7.1997, internet: <http://www.osceprag.cz/inst/parlamen/warsaw.htm>.

Fünfter Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der OSZE, Kopenhagen, 18./19.12.1997, internet: <http://www.osceprag.cz/news/mc06ej02.htm>.

4.2. Die Westeuropäische Union

Dokumente der WEU können von der Homepage unter <http://www.weu.int/assembly/WEU/newwebsite/document.html> (Parlamentarische Versammlung der WEU) und <http://www.weu.int/eng/comm/> (Kommuniqués des Ministerrates der WEU) geladen werden.

Tagung des Ministerrates der WEU: Erklärung von Paris, 13.5.1997, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 50 (1997), S. 581-587.

- WEU Ministerial Council of Amsterdam, 22.7.1997, Declaration of the WEU on the Role of WEU and its relations with the EU and with the Atlantic Alliance, attached to the Final Act of the IGC concluded with the signature of the Treaty of Amsterdam on 2.10.1997, Amsterdam, 22.7.1997
- Report (Vrettos) of the Assembly of the WEU on: „WEU after Amsterdam: the European security and defence identity and the application of Art. V of the modified Brussels Treaty in reply to the annual report of the Council (Part 1 - 3)“, Doc. No. 1584 v. 19.11.1997.
- Tagung des Ministerrates der WEU, 18.11.1997, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 96 (1997) v. 3.12.1997.
- Report (Woltjer) of the Assembly of the WEU on: „The Assembly of the WEU and the parliamentary dimension of security policies“, Doc. No. 1604 v. 28.4.1998.
- WEU Ministerial Council of Rhodes, 11./12.5.1998, Rhodes Declaration, v. 12.5.1998

4.3. Die NATO

- Dokumente der NATO können auf der Homepage unter „<http://www.nato.int/docu/comm>“ geladen werden.
- Kommuniqué des NATO-Generalsekretärs anlässlich der Aufnahme neuer NATO-Mitglieder, v. 8.7.1997, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik 7 (Juli 1997), S. 39-40.
- NATO-Gipfelkonferenz in Madrid: Treffen der Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses am 8./9.7.1997 in Madrid, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 64 (1997).
- Charta für eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine v. 9.7.1997.
- Tagung der NATO-Verteidigungsminister am 2./3. u. am 16./17.12.1997: Internet-Dokumente M-DPC-2(97)147 - M-2-EAPC(97) 157.
- Ministertagung des Nordatlantikrates, Brüssel, 16.12.1997, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 4 (1998), v. 13.1.1998.
- Ministertagung des Nordatlantikrates, Luxemburg, 28.5.1998, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik 6 (Juni 1998), S. 29-35.
- Treffen der NATO-Verteidigungsminister am 11.6.1998, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik 6 (Juni 1998), S. 49.

